

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
die Verhinderung von integrationsfeindlichen Massenquartieren für AsylwerberInnen**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass

1. die Errichtung von integrationsfeindlichen Massenquartieren durch den Bund, wie etwa in Kasernen oder Zeltstädten, insbesondere in Oberösterreich, ausgeschlossen bleibt,
2. ein klares Regulativ erstellt wird, wonach AsylwerberInnen sozial verträglich und integrationsfördernd unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten aufteilt werden müssen,
3. es zu einer rascheren Abwicklung von Asylverfahren kommt,
4. der Bund für den Fall stark ansteigender Flüchtlingszahlen einen mit Ländern und Hilfsorganisationen akkordierten Notfallplan erstellt, der den Erfordernissen funktionierender Integration Rechnung trägt, sowie
5. der Druck auf die Europäische Union erhöht wird, damit es zu einer gerechten Aufteilung der AsylwerberInnen auf alle Mitgliedsstaaten kommt.

Begründung

Die Errichtung von Massenquartieren für AsylwerberInnen ist einer positiv verlaufenden Integration von schutzsuchenden Menschen abträglich. Oberösterreich verfügt mit dem Erstaufnahmezentrum West in Thalham und dem Bundesquartier in Bad Kreuzen bereits jetzt über zwei Massenquartiere des Bundes. Die unterzeichneten Abgeordneten fordern daher, dass die Errichtung weiterer Massenquartiere in unserem Bundesland, sei es nun in Kasernen oder Zeltstädten, ausgeschlossen bleibt.

Stattdessen treten sie für eine gerechte, sozial verträgliche wie auch integrationsfördernde Verteilung der Asylunterkünfte, unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten, ein.

Um die bei uns schutzsuchenden Menschen nicht in unverhältnismäßig langer Unklarheit über ihre Zukunft zu belassen und Unterkunftsplätze frei zu bekommen, müssen die Asylverfahren seitens des Innenministeriums deutlich schneller abgewickelt werden.

Weiters fordern die UnterzeichnerInnen vom Bundesministerium für Inneres die Ausarbeitung eines tragfähigen Notfallplanes, der mit den Ländern, sowie den im Flüchtlingsbereich tätigen Hilfsorganisationen, abzustimmen ist. Dieser Plan hat klar darzulegen, welche Maßnahmen bei einem starken Ansteigen der Flüchtlingszahlen gesetzt werden sollen und müssen.

Die Notwendigkeit einer gerechten Aufteilung der AsylwerberInnen auf alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union belegt die derzeitige Situation eindrucksvoll: In nur 10 Mitgliedsstaaten (darunter auch Österreich) werden derzeit 90 Prozent der Asylverfahren abgehandelt. Diese ungerechte Verteilung muss dringend im Rahmen einer solidarischen europäischen Gesamtlösung verbessert werden.

Linz, am 18. Mai 2015

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Schaller, Bauer, Makor, Eidenberger, Röper-Kelmayr, Rippl, Müllner, Promberger, Peutlberger-Naderer, Weichsler-Hauer, Affenzeller, Pilsner, Baumgartner, Krenn